

AUS DEM

maxIMILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG



JUNI 2011



Energiewende jetzt!

E-BAVARIA Schwerpunkt Energiepolitik • STROM AUS DER WÜSTE Gastbeitrag von Ernst Rauch, Munich RE • INTERVIEW mit Tobias Reiß, MdL, zum energiepolitischen Papier • LANDESPOLITIK





Gastbeitrag



Maxi im Gespräch



Berichte aus der Fraktion

Inhalt

Grußwort des Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid.....3

Gastbeitrag

Gastbeitrag des Head Corporate Climate Centre der Munich RE AG,
Ernst Rauch, zum Desertec-Konzept.....4

Maxi im Gespräch

Interview mit Tobias Reiß, MdL, Leiter der Projektgruppe Energiepolitik,
energiepolitischer Sprecher der CSU-Fraktion.....6

Berichte aus der Fraktion

Querschnitt unserer Arbeit
Berichte aus den Arbeitskreisen und -gruppen.....7

Impressionen

Blick hinter die Kulissen.....14

Landespolitik vor Ort

Berichte aus den Stimmkreisen der Abgeordneten
der CSU-Landtagsfraktion.....16
Impressum.....16



Die neue Folge
„e-Bavaria“
ab sofort auf:
www.csu-landtag.de

oder unter
[www.youtube.com/
user/FraktionsTV](http://www.youtube.com/user/FraktionsTV)



Impressionen



Landespolitik vor Ort

Die CSU-Fraktion ist ein verlässlicher Partner!



Liebe Leserinnen und Leser,

Journalisten fragen mich dieser Tage, was ich von Schwarz-Grün halte. Derartige Spekulationen stehen derzeit hoch im Kurs. Ich hingegen halte überhaupt nichts davon, heute über irgendwelche Koalitionen für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl 2013 zu spekulieren. Damit würden wir in keiner Weise dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler in Bayern und dem Vertrauen, das sie in uns gesetzt haben, gerecht. Wir sind mitten in der Legislaturperiode und arbeiten im Landtag insgesamt sehr konstruktiv mit unserem Koalitionspartner FDP zusammen. Trotz sachlicher Differenzen in einigen Punkten haben wir mit der FDP nach wie vor die inhaltlich größten Übereinstimmungen. Die CSU-Fraktion ist und bleibt ein verlässlicher Partner in der bürgerlichen Koalition. Wir stehen für Innere Sicherheit und eine aktive Wirtschaftspolitik – mit den Grünen sehe ich hier überhaupt keine Schnittmengen.

Mehr als die Farbenspiele der Medien bewegt die Menschen die Energiepolitik. Nach der Katastrophe von Fukushima werden wir den bereits 2010 beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland beschleunigen. Dabei unterscheiden wir uns von den Grünen: Wir steigen nicht einfach aus, sondern verantwortungsbewusst um. Unser Umstieg

auf erneuerbare Energien wird sozial verantwortlich, klimaverträglich, wirtschaftlich vernünftig und umweltbewusst erfolgen. Nicht wie Rot-Grün nur vom Ausstieg reden, sondern wie wir den Umstieg erfolgreich schaffen, das ist glaubwürdige Politik und sorgt für Bindungskraft in allen gesellschaftlichen Gruppen.

In unseren energiepolitischen Leitlinien „e-Bavaria“ – das „e“ steht dabei für energieeffizient, erneuerbar und elektromobil – beschreiben wir Maßnahmen, wie Bayern den Umstieg auf erneuerbare Energien erreichen kann. Wir stehen für eine Symbiose zwischen Ökonomie und Ökologie und zeigen, wie wir die Energiewende zum wirtschaftlichen Vorteil Bayerns nutzen können.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen schwerpunktmäßig unsere Energiepolitik vor. Ich wünsche Ihnen eine informative und erkenntnisreiche Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Schmid



Strom aus der Wüste: Sinnvoller Beitrag zur Energieversorgung

*Gastbeitrag von Ernst Rauch,
Head Corporate Climate
Centre der Munich RE.*

Beim Ausstieg aus der Kernenergie stehen wir vor einer schwierigen Abwägung, denn ein Ersatz von Atomkraft durch neue Energien in Form von Wind- oder Solaranlagen bewirkt nichts gegen die Erderwärmung. Wenn Deutschland seine Klimaziele beibehalten und zugleich bis 2020 aus der Atomkraft aussteigen möchte, bräuchten wir bei einer unverminderten Stromnachfrage rechnerisch ab jetzt den Bau von drei Offshore-Windrädern – pro Tag, 10 Jahre lang.

Die erforderliche mehr als Verdreifachung der inländischen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien wird deshalb das Landschaftsbild Deutschlands deutlich hin zu einer „Energiewaldlandschaft“ mit einer hohen Dichte von Windparks und Solaranlagen verändern. Der diskutierte Teilausweg aus dieser Situation – der massive Ausbau von Offshore-Windkraftanlagen wiederum führt durch die daraus resultierende Einspeisekonzentration im Norden bei den bestehenden Industriestrukturen in

Deutschland mit starken Stromverbrauchern im Süden nicht nur zu einem erheblichen Anpassungsbedarf bei den Stromnetzen.

„Wir brauchen eine stärkere geografische und technologische Diversifizierung der Energieerzeugung.“

Es ist auch die Frage zu stellen, ob nicht eine stärkere geografische und technologische Diversifizierung der Energieerzeugung aus Risikogesichtspunkten (v. a. Versorgungssicherheit) stärker in die Überlegungen zum zukünftigen Energiemix einbezogen werden muss. In dieser Diskussion sollte ein möglicher Lösungsbaustein nicht ausgelassen werden: Die

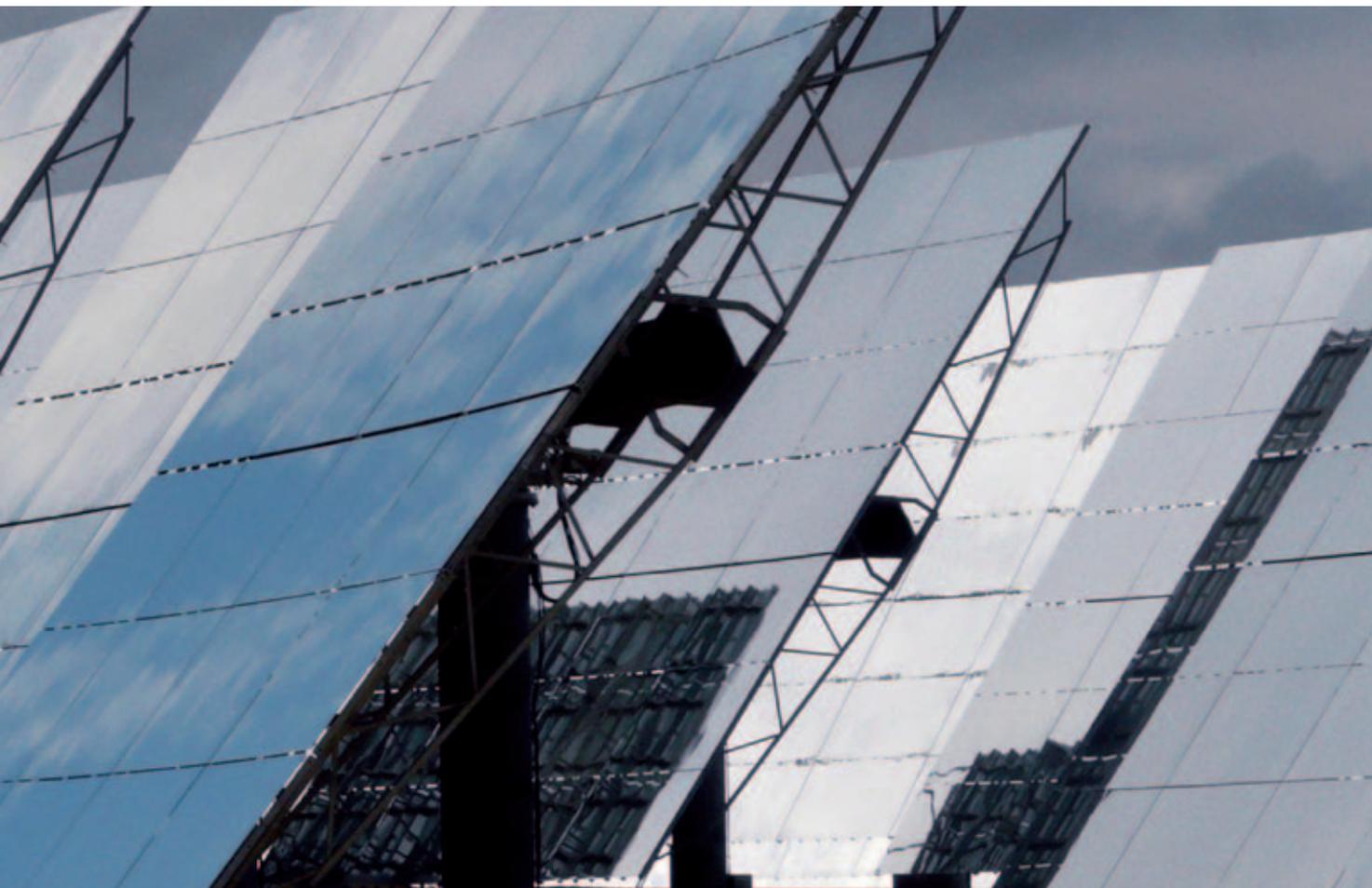


Bild: Munich Re

Mehr Informationen

zu Ernst Rauch und Munich Re

Option, einen Teil unseres Strombedarfs über regenerative Energien – vor allem der Sonne – aus Südeuropa und der MENA-Region (Nordafrika, Mittlerer Osten) abzudecken, inzwischen allgemein bekannt unter dem Begriff „Desertec“.

Die etwa um den Faktor 3 gegenüber Deutschland höhere Solarstrahlung, die Verteilung unserer Stromversorgung auf mehrere technologische und geografische Säulen und das Potenzial zur Entwicklung einer neuen Form der Zusammenarbeit Europas mit Nordafrika schaffen eine „Win-Win“-Situation bei der Umsetzung der Wüstenstrom-Vision (www.dii-eumena.com). Und sie macht es uns leichter, unsere Klimaschutzziele auch bei einem Ausstieg aus der Atomenergie beizubehalten. Denn angesichts der bereits zu beobachtenden Zunahme von Schäden aus wetterbedingten Naturkatastrophen sollten diese Ziele nicht einem veränderten Energiekonzept geopfert werden. ■



ERNST RAUCH
HEAD CORPORATE CLIMATE CENTRE
MUNICH RE GMBH

MUNICH RE
KLIMAWANDEL / ENERGIEFRAGEN
EXPERTISE SEIT ÜBER 30 JAHREN

- Seit über 30 Jahren ist Munich Re führend in der Analyse des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf die Umwelt und Versicherungswirtschaft.
- Erneuerbare Energien spielen im Kampf gegen den Klimawandel eine zentrale Rolle.
- Munich Re entwickelt schon seit Langem Risikotransferlösungen für erneuerbare Energien.
- Durch die Unterstützung und die Investition in Projekte zur CO₂-Reduzierung leistet Munich Re einen Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele.

MEHR INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER:
WWW.MUNICHRE.COM

„e-Bavaria“ – Leitlinien zur Energiepolitik



Interview mit dem Abgeordneten Tobias Reiß, Leiter der Projektgruppe Energiepolitik und energiepolitischer Sprecher.

Herr Reiß, Sie leiten die Projektgruppe „Energie“ der Fraktion. Ergebnis Ihrer Arbeit ist das 16-seitige Papier „e-Bavaria“. Was sind die zentralen Aussagen des Konzepts?

Reiß: Wir wollen möglichst rasch auf erneuerbare Energien umsteigen. Ein solcher Umstieg hat weltweiten Vorbildcharakter. Wenn es dem wirtschaftlichen Motor Bayern mit fünf Kernkraftwerken gelingt, erfolgreich umzusteigen, dann ist der Umstieg für ganz Deutschland, ja Europa denkbar. Mit e-Bavaria zeigen wir ganz konkret auf,

- wie Bayern in Zukunft mit erneuerbaren Energien vernetzt wird,
- wie wir noch effizienter mit unserer Energie umgehen können,
- wie Bayern zum Innovationsmotor für erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität wird und

lität wird und

- wie wir die erneuerbaren Energien ausbauen.

Was sind die Chancen für den Wirtschaftsstandort Bayern?

Reiß: Das Geheimnis unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahrzehnten basierte stets darauf, wichtige Trends frühzeitig zu erkennen und für Bayern zu nutzen. In unserem Zukunftskonzept haben wir bereits im vergangenen Jahr festgelegt: Wir wollen Bayern zum Vorreiter in den Bereichen Energie und Mobilität machen, damit Bayern den weltweiten Megatrend „Energie“ auch wirtschaftlich für sich nutzt. In den erneuerbaren Energien, aber auch in einer nachhaltigen Mobilität liegen Chancen für zigtausend Arbeitsplätze. Wir verschlafen im Gegensatz zu den Kohle-Genossen in NRW keine Trends, sondern setzen auf moderne Energien. Wir wollen auch in Zukunft eine nachhaltige und damit bezahlbare sowie verlässliche Energieversorgung für ganz Bayern. Damit wir auch bayerische Energieinnovationen in die Welt exportieren können.

Bis zum Jahr 2020 soll über die Hälfte des bayerischen Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. In welchem Bereich sehen Sie hier die größten Potenziale?

Reiß: Photovoltaik und Windenergie, aber auch eine effizientere Nutzung der Wasserkraft werden einen guten Anteil unseres nachhaltigen Energiemixes ausmachen. Aber

auch auf die Biomasse und Geothermie wollen wir nicht verzichten. Unser Energiemix der Zukunft schließt die gesamte Bandbreite der erneuerbaren Energien ein.

Was sind die nächsten konkreten Schritte auf dem Weg zur Energiewende?

Reiß: Einfache Antworten sind schnell zur Hand, erfolgreiche brauchen aber manchmal einfach Zeit. Wer heute sagt, wie die Blaupause ganz genau aussieht, macht sich und anderen etwas vor. Die Politik baut keine neuen Kraftwerke und hat sie auch nicht vor der Haustür. Wir müssen beim Umstieg die Bürger und die Wirtschaft mitnehmen. Um diesen Prozess vom Parlament aus begleiten und voranbringen zu können, setzen wir im Landtag eine Kommission für den Umstieg ein, in der wir mit Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft im dauerhaften Dialog stehen und wichtige Entscheidungen gemeinsam vorbereiten werden.

Wie nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats auf dem neuen energiepolitischen Weg mit?

Reiß: Die Energiewende ist nicht nur eine Aufgabe der Politik: Jeder ist gefordert, zunächst indem er Energie spart, aber auch indem er wichtige Schritte konstruktiv begleitet. Die Energiewende braucht konstruktive, aber auch mitunter kritische Begleiter unseres Umstiegs auf erneuerbare Energien. Nur so wird e-Bavaria zum Markenzeichen für Bayerns Zukunft! ■

Arbeitsgruppe Junge Gruppe

Carbonfaser aus Bayern

Die wettbewerbsfähige Stromerzeugung ist ein entscheidender Standortfaktor für Bayern.



Die Abgeordneten Markus Blume, Eberhard Rotter, Bernhard Seidenath, Martin Schöffel und Oliver Jörg (v. l.) beim Frühstücksgespräch mit Dr. Wingefeld, SGL Carbon (3. v. re.).

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ideenwerkstatt“ führte die Junge Gruppe der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ein Gespräch mit Dr. Gerd Wingefeld über Carbon, einen entscheidenden Werkstoff der Zukunft. Wingefeld ist Vorstand der SGL Group, einziger europäischer und einer der weltweit führenden Hersteller von Produkten aus Carbonfasern. Carbon besitzt einzigartige Eigenschaften wie hohe Strom- und Wärmeleitfähigkeit, Hitzebeständigkeit und Leichtigkeit bei gleichzeitiger Festigkeit. Dadurch bietet es besondere Vorteile für den Einsatz im Bereich der erneuerbaren Energien, in der Luft- und Raumfahrt sowie im Automobilbau der Zukunft. Die Junge Gruppe zeigte sich von den Möglichkeiten und Perspektiven gerade auch mit Blick auf den Standort Bayern begeistert. Der Einsatz von Carbon sei eine große Chance, bei der Entwicklung und Herstellung von Elek-

troautos, aber auch bei der Umweltenergietechnik weltweit an der Spitze mitzuspielen. Bayern sei bereits heute bestens aufgestellt mit Unternehmen wie SGL sowie starken Forschungsaktivitäten der TU München sowie der Fraunhofer-Gesellschaft. Markus Blume, der Sprecher der Jungen Gruppe, betonte mit Blick auf die mögliche Produktion der Carbonfaser in Kelheim: „Wir müssen alles unternehmen, um eine so bedeutsame Innovation in Bayern dann auch in Produktion zu bringen. Wenn die Energiekosten rund 35 Prozent an der Herstellung von Carbon ausmachen, dann ist eine wettbewerbsfähige Stromerzeugung ein entscheidender Standortfaktor und hat selbst auch eine ökologische Komponente.“ Der Themenbereich erneuerbare Energien steht auch in den kommenden Wochen ganz oben auf der Tagesordnung der Jungen Gruppe. ■

Arbeitskreis Umwelt und Gesundheit

Nachhaltige Wasserkrafttechnologien

Zeitnaher Ausbau der Wasserkraftnutzung.



„Um den Anteil der regenerativen Energiequellen an der Stromerzeugung weiter zu erhöhen, muss auch die Wasserkraftnutzung weiter ausgebaut werden“, sagte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Umwelt und Gesundheit der CSU-Fraktion, Dr. Otto Hünnerkopf. Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, zu prüfen, wie neue Wasserkrafttechnologien in Bayern gefördert werden können. Hierüber soll dem Landtag zeitnah berichtet werden.

„Die Wasserkraft ist ein wesentlicher Bestandteil bei der klimaverträglichen, regenerativen Energiegewinnung und ein unverzichtbarer Baustein im bayerischen Energiemix“, so Dr. Hünnerkopf weiter. Auf der Grundlage neuer technologischer Entwicklungen könnten die gewässerökologischen Vorgaben umgesetzt und zudem noch vorhandene Poten-

ziale gehoben werden. Dabei würden sowohl die Belange der gesicherten Energieversorgung als auch des Klimaschutzes und der Gewässerökologie in Einklang gebracht.

In einem weiteren Antrag zum Thema Wasserkraftnutzung will die CSU-Fraktion von der Staatsregierung wissen, in welchem Rahmen die in § 35 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz vorgesehene Überprüfung von Querbauten auf ihre Eignung zur Wasserkraftnutzung umgesetzt werden soll. An bayerischen Fließgewässern gibt es einige Tausend Querbauten, von denen ein Teil aus kulturhistorischen Gründen nicht beseitigt werden kann, auch wenn nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Durchlässigkeit der Fließgewässer erklärtes Ziel einer naturnahen Fließgewässergestaltung ist. In diesen Fällen sollte im Einzelfall die Möglichkeit der Wasserkraftnutzung geprüft werden. Als Ausgleich hierfür könnten technische Fischtreppen und dergleichen die bisherige Gewässersituation deutlich verbessern. ■

Unser Weg zum Energieumstieg



A



B



C



D

A: Die CSU-Landtagsfraktion und die CSU-Wirtschaftskommission diskutierten mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft bei einem Werkstattgespräch zur Elektromobilität die Chancen Bayerns, die sich durch diese technische Innovation ergeben. Die Junge Gruppe der CSU-Fraktion, die das Fachgespräch initiiert hatte, möchte die Ziele für Bayern hoch stecken und Bayern zur Modellregion für Elektromobilität und intelligente Energienetze in Europa machen.

B: Georg Schmid zusammen mit dem Landtagskollegen Peter Winter bei der Übergabe eines Elektroautos von E.ON im Bayerischen Landtag.

C: Beim Umweltkongress in Kaufbeuren wurden vor allem die Themen Klima-

schutz, Energieeinsparung, Schutz der natürlichen Ressourcen und Gesundheit für alle mit Umweltminister Dr. Markus Söder und Staatssekretär Franz Pschierer diskutiert.

D: Fraktionsvorsitzender Georg Schmid suchte das Gespräch mit Atomkraftgegnern beim Umweltkongress in Kaufbeuren.

E: Beim Wirtschaftskongress in Ingolstadt diskutierten namhafte Experten wie Prof. Dr. Hans-Jörg Bullinger (links), Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Dr. Christine Bortenlänger, Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Börse AG, Dr. Detlef Müller-Wiesner, EADS, sowie Dr. Georg Kofler, CEO der Kofler



E



F



G



H



I



J

Energies AG, über die Potenziale in der Energieeffizienzwirtschaft.

F: Die Vorsitzenden des Wirtschafts- und des Hochschularbeitskreises der CSU-Fraktion, Erwin Huber und Bernd Sibler, die Landtagsabgeordneten Konrad Kobler, Tobias Reiß und Walter Taubeneder sowie Bürgermeister auf Info-Tour beim Energiespeicher-Projekt Riedl in Untergriesbach, Landkreis Passau.

(Foto: Donaukraftwerk Jochenstein AG, 2011)

G: Fachgespräch der Jungen Gruppe mit Prof. Dr. Wolfgang Artl, Sprecher der wissenschaftlichen Leitung des Energie Campus Nürnberg (4. v. l.) zu den Themen Klima, Energiewende und neue Speicherkonzepte von elektrischer Energie.

H: Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Erwin Huber (2. v. l.), und Landtagskollegen waren beeindruckt vom Wasserkraftwerk Finsing, das die Energieerzeugung von Wasserkraft um jährlich zehn Prozent steigern will.

I: Johannes Hintersberger, Vorsitzender der Projektgruppe Umweltechnologien (2. v. l.), im Gespräch mit Professor Markus Aufleger von der Universität Innsbruck beim Besuch des Geschiebekraftwerkmodells.

J: Pressekonferenz zu den energiepolitischen Leitlinien der CSU-Fraktion.

FRAKTION INTERN

■ Die CSU-Fraktion gratuliert herzlich:

Markus Sackmann

zum 50. Geburtstag am 1. März. Der Abgeordnete vertritt den Stimmkreis Cham und ist Staatssekretär im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Karl Freller

zum 55. Geburtstag am 2. März. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und für den Stimmkreis Nürnberg-Süd zuständig.

Dr. Otto Hünnerkopf

zum 60. Geburtstag am 14. März. Er ist Vorsitzender des Arbeitskreises für Umwelt und Gesundheit. Im Bayerischen Landtag vertritt er den Stimmkreis Kitzingen.

Siegfried Schneider

zum 55. Geburtstag am 7. April. Der ehemalige Leiter der Bayerischen Staatskanzlei schied am 11. Mai 2011 aus dem Landtag aus und wird Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien.

Alexander König

zum 50. Geburtstag am 17. April. Er vertritt den Stimmkreis Hof und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie parlamentarischer Geschäftsführer.

Dr. Ludwig Spaenle

zum 50. Geburtstag am 16. Juni. Der Staatsminister für Unterricht und Kultus vertritt im Landtag die Interessen des Stimmkreises München-Schwabing.

Heinz Donhauser

zum 60. Geburtstag am 22. Juni. Der Abgeordnete setzt sich seit 1990 für seine Heimat Amberg-Sulzbach im Bayerischen Landtag ein.

Kerstin Schreyer-Stäblein

zum 40. Geburtstag am 29. Juni. Die Abgeordnete vertritt den Stimmkreis München-Land-Süd.

Mehr Infos zu den Abgeordneten finden Sie unter: www.csu-landtag.de



Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport

Mittendrin statt nur dabei



Der Gesetzentwurf zur Inklusion verspricht mehr Chancengleichheit für Kinder mit Behinderung.

Die am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention enthält den Auftrag an die gesamte Gesellschaft, Strukturen zu schaffen, die es Menschen mit Behinderung ermöglichen, von Anfang an und in vollem Umfang an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Konvention verpflichtet Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen und gibt einen klaren Auftrag für die Weiterentwicklung auch der schulischen Bildung. Zur Umsetzung dieser Konvention hat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter der Leitung von Georg Eisenreich, MdL, stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses, einen Gesetzentwurf erarbeitet. Dieser wurde am 29. März 2011 von allen fünf Fraktionen gemeinsam in den Landtag eingebracht und wird derzeit breit diskutiert. Der Gesetzentwurf sieht zum einen vor, dass vorhandene und bewährte Einrichtungen

und Formen der Zusammenarbeit erhalten bleiben und weiterentwickelt werden können. Klaus Steiner, ebenfalls Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe, stellte für die CSU-Fraktion klar: „Die in Bayern erfolgreichen Förderschulen sind mit ihrem qualitativ hochwertigen Förderangebot als Lernorte und Kompetenzzentren unverzichtbar.“ Zum anderen macht der Gesetzentwurf aber deutlich: Inklusiver Unterricht ist ein Ziel der Schulentwicklung aller Schulen.

Für die Umsetzung des Gesetzentwurfs wurden in einem ersten Schritt im Doppelhaushalt 2011/2012 bereits 200 zusätzliche Lehrer zur Verfügung gestellt. „Der gemeinsam erarbeitete Gesetzentwurf ist eine Sternstunde für den Landtag und zeigt, dass wir auch behinderten Kindern und Jugendlichen in Bayern noch mehr Chancen und Möglichkeiten bieten wollen“, erklärte Georg Eisenreich. ■

Arbeitskreis Soziales, Familie und Arbeit

Pflege für die Zukunft gestalten



„Die Erstellung eines tragfähigen Pflegekonzepts, welches auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens basiert, ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft“, so Joachim Unterländer, Vorsitzender des Arbeitskreises. Er wies darauf hin, dass die Säulen eines tragfähigen Finanzierungskonzepts Solidarität, Generationengerechtigkeit und soziale Akzeptanz sein müssen. Besonderes Augenmerk verdienen auch die Ausbildung, die sich gleichzeitig

generalistisch und modular gestalten sollte, um den Berufstätigen auch Wechselmöglichkeiten innerhalb der Pflegebereiche zu verschaffen. Unterländer sprach den Grundsätzen „Prävention vor Reha und Reha vor Pflege“ sowie „ambulant vor stationär“ große Bedeutung zu. Hierzu seien flexible Lösungen für Berufstätige und die weitere Entbürokratisierung der Pflege notwendig. „Nur so kann eine qualitativ hochwertige Pflege, die auf die Bedürfnisse des Einzelnen eingeht, auch in Zukunft erhalten werden“, bilanzierte der Arbeitskreisvorsitzende. ■

„Georg Schmid hört zu“

Zu Besuch in Mittelfranken

„Wir wollen die alltäglichen Sorgen aufnehmen und regionale Besonderheiten kennenlernen“, so Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.



Fraktionsvorsitzender Georg Schmid bei seiner dritten Bürgertour durch Bayern.

Unter dem Motto „Georg Schmid hört zu“ stand auch die dritte Bezirksbereisung des Fraktionsvorsitzenden nach Mittelfranken. Landtagskollege Hans Herold (3. v. l.) hatte für Georg Schmid ein überaus vielfältiges Besuchsprogramm organisiert. Im Alten- und Pflegeheim der Caritas Maximilian-Kolbe in Scheinfeld hörte sich der Fraktionsvorsitzende die Sorgen der Heim- und Pflegeleitung an, besichtigte ein beispielhaftes Integrationsprojekt für Behinderte bei der Firma Staedtler in Sugenheim und besuchte die Baustelle der Christian-von-Bomhard-Schule, einer innovativen evangelischen Internatschule mit Gymnasium, FOS und Realschule

unter einem Dach. Anschließend ging es zum Aischgründer Karpfenmuseum, durch das die Initiatorin des Museums und Vorsitzende des Geschichts- und Heimatvereins Neustadt an der Aisch, Frau Carola Kabelitz (4. v. l.), führte. Am Abend kamen die Kommunalpolitiker der beiden Landkreise an der Landkreisgrenze zu einem Meinungsaustausch in Wilhermsdorf zusammen. Der Besuch wurde abgerundet durch die Grundsteinlegung für den Neubau der Staatlichen Realschule Langenzenn, wo Georg Schmid gemeinsam mit dem Landrat Matthias Dießl eine Kupferkassette mit wichtigen Zeitdokumenten des Landkreises Fürth in den Grundstein einfügte. ■

Arbeitskreis Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Einkaufen im Web 2.0

Vergnügen oder Risiko?



Podiumsdiskussion mit Justizministerin Dr. Beate Merk, MdL, und Petra Guttenberger, MdL.

Gesetzliche Rahmenbedingungen, Selbstverpflichtungen der Industrie und aufmerksame Verbraucher sind die wichtigsten Voraussetzungen für unbeschwertes Einkaufen im Internet. Das war das Fazit des Verbraucherforums der CSU-Fraktion zum Thema „Einkaufen im Web 2.0 – Vergnügen oder Risiko?“

„Die so genannte Button-Lösung, nach der der Verbraucher vor Abschluss eines Vertrags die Endkosten sehen muss und den Kaufwunsch nochmals ausdrücklich bestätigt, ist eine wichtige Maßnahme, um das Einkaufen im Internet sicherer zu machen“, so Petra Guttenberger, Vorsitzende des Arbeitskreises. Das Thema Datenschutz würde jedoch in anderen Staaten oft weniger streng gesehen als in Deutschland. „Hier müssen wir deutlich machen: Wer in Deutschland einen Markt haben will, der muss auch unsere Standards akzeptieren“, so die bayerische Justizministerin Dr. Beate Merk. Service, faire Versandbedingungen, Transparenz und Sicherheit der Daten

seien für die Verbraucher besonders wichtig. Monika Breithaupt-Endres von der Verbraucherzentrale Bayern rät den Verbrauchern deshalb zu einer „Datendiät“ beim Einkauf im Netz: man sollte nur die zwingend notwendigen Daten bei einem Vertragsabschluss angeben. Einkäufer im Internet sollten zudem ihre Zahlungen genau nachverfolgen, damit möglicher Schaden schnell entdeckt wird. Die Verantwortung für die gesetzlichen Regelungen zum Verbraucherschutz liegt beim Bund. Doch gerade beim globalen Medium Internet müsse man auch über europaweite Lösungen nachdenken, so Merk. „Nationale Alleingänge sind oftmals der erste Schritt für länderübergreifende Lösungen, denn sie haben Signalwirkung für andere Staaten“, so die Justizministerin weiter. „Wir als CSU-Landtagsfraktion arbeiten gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung weiter intensiv daran, dass dieses wichtige Thema auf der Agenda bleibt“, so Petra Guttenberger abschließend. ■

Arbeitskreis für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushalt konsolidieren



Die Umstellung unserer Energieversorgung vom derzeitigen Energiemix hin zu einem deutlichen Ausbau erneuerbarer Energien und einer Beendigung des Zeitalters der Kernkraft wird es nicht zum Nulltarif geben. Dies ist uns bewusst und dieser Herausforderung wollen wir uns stellen.

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürgerinnen und Bürger ein akzeptables Strompreisniveau zu halten, den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen und zugleich die finanziellen Möglichkeiten des Staates nicht aus den Augen zu verlieren. Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode haben wir uns vorgenommen, weiterhin auf die Aufnahme neuer Schulden zu verzichten. Aufgrund der aktuellen Maiteuerschätzung besteht die Hoffnung, dass wir auf die in den Jahren 2011 und 2012 vorgesehene Rücklagenentnahme weitgehend verzichten können. Außerdem wollen wir auch 2012 die Inanspruchnahme eines Darlehens beim staatlichen Grundvermögen vermeiden. Durch unsere niedrige Pro-Kopf-Verschuldung und die geringste Zinslast aller Bundesländer schaffen wir Spielraum, der auch für Investi-

tionen in den Ausbau regenerativer Energien verwendet werden kann.

Wo andere Bundesländer mit der Begleichung hoher Schulden für die Politik von gestern bezahlen, wollen wir mit zukunftsträchtigen Investitionen und Innovationen Politik von morgen entwickeln. Ein weiterer wichtiger Grundsatz, den wir im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/2012 im Haushaltsausschuss berücksichtigt haben, ist eine Stärkung des Parlaments bzw. der parlamentarischen Kostenkontrolle.

Für diverse Bauprojekte – wie zum Beispiel die zweite S-Bahn-Stammstrecke und das Strafjustizzentrum oder die neue Filmhalle in München – haben wir beschlossen, diese vor Baubeginn noch einmal durch den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags prüfen zu lassen. Wir werden diese Prüfung bewusst auch mit Fokus auf die Energieeffizienz einzelner Bauvorhaben durchführen. Im Gleichklang haushaltspolitischer Solidität und zukunftsträchtiger Innovationskraft werden wir weiter hart daran arbeiten, auch künftig erfolgreiche Politik für und in Bayern zu gestalten. ■

Arbeitsgruppe Frauen

Mehr Angebote schaffen



Erika Görlitz (2. v. l.) und Gudrun Brendel-Fischer (3. v. r.) im Gespräch mit Tagesmüttern.

Für mehr bedarfsorientierte phantasievolle Angebote bei der Kinderbetreuung werben Gudrun Brendel-Fischer, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen, und Erika Görlitz, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Demografie der CSU-Landtagsfraktion. Bei einem Besuch des Vereins Kinderwelt, der für den Landkreis Eichstätt Tagesmütter qualifiziert und mit ihnen an 20 Standorten erfolgreich Großtagespflege für Kinder betreibt, informierten sich die beiden Landtagsabgeordneten über ein nachahmenswertes Modell. „Insbesondere bei weniger nachgefragten Betreuungssituationen in Randzeiten oder gar bei Übernachtungen böten qualitativ hochwertige Tagesmüttermodelle wie im Landkreis Eichstätt

Chancen, Eltern und Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern und die Arbeit von Kindertagesstätten zu ergänzen“, so Gudrun Brendel-Fischer. Aktuell sind in Eichstätt insgesamt 90 Tagespflegepersonen tätig, die 320 Kinder im Alter von wenigen Wochen bis 14 Jahren betreuen. Die beiden CSU-Politikerinnen halten ein räumliches Zusammenrücken von Kindertagesstätten und Senioreneinrichtungen für wünschenswert: Betagte Heimbewohner genießen das bunte Bild spielender Kinder, davon konnten sich Görlitz und Brendel-Fischer im Garten der Einrichtung überzeugen, der von der Kinderwelt und dem Caritas-Seniorenheim gemeinsam genutzt wird.

„Tagesmütterbetreuung in einem öffentlichen Raum wird von manchen Eltern besser angenommen, als wenn Kinder traditionell in Privathaushalte gebracht werden. Darauf sollten wir durch entsprechende Angebote in den Kommunen reagieren“, so Erika Görlitz. Für Gudrun Brendel-Fischer stellt das Konzept insbesondere für ländliche Regionen eine geeignete Möglichkeit dar, auch für wenige Kinder ein verlässliches Angebot bereitzustellen und zudem freie Ressourcen von Erzieherinnen und Erziehern zu nutzen. Nach Ansicht von Görlitz und Brendel-Fischer sei diese Option auch für die Wirtschaft ein attraktives Konzept, beispielsweise für Beschäftigte in Betrieben mit Schichtarbeitszeit. ■

Arbeitskreis Hochschule, Forschung
und Kultur

Verbesserung der akademischen Lehre



Pressekonferenz mit dem Abgeordneten Bernd Sibler zu den Studienbeiträgen.

„Wir halten auch in Zukunft an den Studienbeiträgen fest“, erklärte Bernd Sibler, der Vorsitzende des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, anlässlich der Aussprache zu einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der deren Abschaffung zum Gegenstand hat.

„Ich halte die Studienbeiträge, wie wir sie zum Sommersemester 2007 in Bayern eingeführt haben, für hochschulpolitisch vertretbar und sozialpolitisch verantwortlich. Nach meiner festen Überzeugung ist es nicht zu rechtfertigen, dass die Absolventinnen und Absolventen einer Meisterprüfung diese selbst finanzieren müssen, während die aka-

demische Ausbildung kostenfrei bleibt. Seit Einführung der Studienbeiträge konnte die Qualität der akademischen Lehre deutlich verbessert werden. Wer sie wieder abschafft, muss auch sagen, wie er das erreichte Niveau an den Hochschulen halten will“, erklärte Sibler. „Eine zusätzliche Verschuldung, wie sie in Nordrhein-Westfalen bereits realisiert wurde und in Baden-Württemberg offensichtlich jetzt ansteht, geht voll zu Lasten der kommenden Generationen. Mit der schwarz-gelben Koalition in Bayern, die auf solide Staatsfinanzen und Planungssicherheit für unsere Hochschulen setzt, ist das sicherlich nicht zu machen!“ ■

Arbeitskreis Wehrpolitik

Potenzial wehrtechnischer Entwicklungen stärker nutzen

Der Arbeitskreis Wehrpolitik besuchte DIEHL Defence, einen Teilkonzern der Nürnberger DIEHL Gruppe, der die Geschäftsbereiche Verteidigung und Sicherheit bündelt. DIEHL Defence entwickelt und produziert in seinem Teilkonzern Wehrtechnik, u. a. Lenkflugkörper, Luftfahrtausüstung, elektronische Steuerungen und Messgeräte.

Auf besonderes Interesse der Abgeordneten stießen die neuesten Entwicklungen von fahrzeuggestützten, aktiven Schutzsystemen, die Lenkraketen und den gefährlichen Panzerfaustbeschuss sensorgesteuert abwehren. „Gerade zum Schutz unserer Soldaten im Kampfeinsatz ist die



bestmögliche Ausrüstung gefordert“, mahnte der Arbeitskreisvorsitzende Johannes Hintersberger weitere Verbesserungen für die Ausstattung der Truppe an. Der Arbeitskreis Wehrpolitik sprach sich insgesamt für eine breitere Unterstützung der wehrtechnischen

Industrie in Bayern aus. Sie schaffe nicht nur attraktive Arbeitsplätze für Ingenieure und Techniker, sondern trage mit hochtechnischer Entwicklungskompetenz auch zur Unabhängigkeit Deutschlands in der wehrtechnischen Produktion entscheidend bei.

„Die innovativen technischen Ideen und Impulse unserer heimischen wehrtechnischen

Unternehmen, wie zum Beispiel die neuesten Entwicklungen im Infrarot- und Laserbereich oder die Hochleistungsbatterien, sollten noch stärker zivil genutzt werden“, forderte Johannes Hintersberger. Hier regte er eine stärkere zivil-militärische Zusammenarbeit an. ■

Blick hinter die Kulissen



Filmfachgespräch in der Black Box des Gasteigs in München. Die Podiumsteilnehmer (v. l.): Christoph Fisser, Studio Babelsberg; Staatsminister Dr. Marcel Huber; Abgeordneter Eberhard Sinner, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Medien; Bettina Reitz, degeto; Achim Rohnke, Bavaria Film und Oliver Berben, Constantin Film.



Der Arbeitskreis Wehrpolitik mit Klaus Dieter Naumann, Generalinspekteur a. D. des Heeres der Bundeswehr und ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.



Gelebte Frauenförderung können die diesjährigen Mentees beim Besuch im Bayerischen Landtag in München erleben.



Abgeordneter Bernhard Seidenath (2. v. l.) beim Fachgespräch zum Thema „Organspende“ im Bayerischen Landtag.



Die Abgeordneten Albert Füracker, Berthold Rütth und Martin Schöffel bei einem Werkstattgespräch mit Jugendverbänden zum Thema „Stärkung des ländlichen Raums“.



Verlässliche Partner: Der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid mit Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft, an deren Spitze der SL-Bundesvorsitzende Franz Pany (2. v. r.), bei einem Gespräch im Bayerischen Landtag.



Beim Fachgespräch „Digitales Lernen“ wird ein digitales Klassenzimmer durch die Initiative 21 und das Gymnasium Ottobrunn vorgestellt.

Vertreter der Initiative „qualifizierte Schulbegleiter“ haben dem Abgeordneten **Peter Winter** eine Petition für den Bayerischen Landtag übergeben. Ziel der Petition ist, Kindern mit Behinderung im Bezirk **Unterfranken** durch qualifizierte Schulbegleiter die aktive Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen und die administrativen Regelungen zu verbessern. „Die Petition wurde von über 2.200 Bürgern unterzeichnet. Dies zeigt die große Unterstützung in der Bevölkerung. Schulbegleiter haben eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Sie müssen mit den vielfältigen Einschränkungen der behinderten Kinder zurecht kommen und gleichzeitig auch technische Hilfsmittel, wie z.B. computergestützte Sprachgeräte bedienen können. Diese Tätigkeiten können nur von qualifizierten Personen mit entsprechenden Fortbildungen und Erfahrungen ausgeführt werden“, so Winter. Der Abgeordnete informierte sich ausführlich über die vielfältigen Aufgaben der Schulbegleiter. Bereits in der Vergangenheit konnte er in einem Fall helfen. „Ich unterstütze die Petition der Initiative „qualifizierte Schulbegleiter“ ausdrücklich. Ich werde sie zudem persönlich in die interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Gleichberechtigung behinderter Kinder einbringen“, so Winter abschließend.



„Schwerstkranken Menschen ein schmerzfreies und vor allem würdiges Leben zu ermöglichen, muss eine der Grundlagen unserer Gesundheitspolitik sein“, betonte **Ingrid Heckner** gleich zu Beginn der Veranstaltung „Leben bis zuletzt – Palliativ-Versorgung in Bayern“, die anlässlich eines Besuchs von Staatssekretärin **Melanie Huml** in der Kreisklinik **Altötting** stattfand. Klinikleitung und politische Entscheidungsträger der Region besichtigten mit den beiden Politikerinnen die Palliativ-Station der Kreisklinik und überzeugten sich dabei von der Qualität der dort geleisteten Arbeit. Nach einem Impulsreferat der Staatssekretärin über die aktuellen Planungen der Staatsregierung wurde über aktuelle Probleme und zukünftige Entwicklungen in der Palliativmedizin debattiert. „Ich halte einen Austausch zwischen Politik und Klinikpersonal für sehr wichtig. Durch Veranstaltungen wie diese kann man viel über die Sorgen und Schwierigkeiten der jeweils anderen Seite lernen“, resümierte Heckner abschließend.



Abgeordneter **Georg Winter** gratulierte der kleinen Gemeinde Zöschingen im Landkreis **Dillingen an der Donau**, die dank Eigeninitiative und Förderung der Dorferneuerung einen Dorfladen im Ortszentrum mit Bürgerbüro, Räumen für die Freiwillige Feuerwehr und Bankschalter einrichten konnte. Die Bereitschaft der Gemeinden Bachhagel, Syrgenstein und Zöschingen, künftig den Bauhof gemeinsam zu betreiben, wurde über das Programm Integrierte Ländliche Entwicklung (ILEK) gefördert. Durch den Zusammenschluss der Hauptschulen Bissingen und Höchstädt konnten neue Mittelschulen errichtet werden. Für all diese Projekte hat sich Georg Winter besonders engagiert.



Staatssekretär **Markus Sackmann**, Abgeordnete **Kerstin Schreyer-Stäblein** sowie Bürgermeister Stefan Schelle würdigten das ehrenamtliche Engagement des Biberger Bürgerbus e. V. Der Bürgerbus verbindet diejenigen Ortsteile der Gemeinde **Oberhaching**, die aufgrund ihrer ländlichen Prägung nicht an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen sind. Das besondere daran: Bürger fahren Bürger – und das ehrenamtlich. „An diesem Beispiel zeigt sich, wie wertvoll das Ehrenamt für unsere Gemeinschaft ist und dementsprechend müssen diese Tätigkeiten auch gewürdigt werden“, so Schreyer-Stäblein. Staatssekretär Markus Sackmann möchte dieses Projekt im Sozialministerium als gutes Beispiel für bürgerliches Engagement vorstellen.

